

## **Forderungspapier des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. (BeN) zu den Koalitionsverhandlungen 2015**

Das BeN und seine Mitglieder begrüßen die bisherigen Anstrengungen des Landes Bremen und die Erfolge, die in den letzten Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erreicht wurden. Mit diesem Forderungspapier zu den Koalitionsverhandlungen im Europäischen Jahr für Entwicklung möchte das BeN zur Umsetzung der von der Bürgerschaft verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien beitragen. Damit Bremen auch in Zukunft seiner Verantwortung nachkommen kann, sich nachhaltig zu entwickeln, erwarten die im Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk e.V. (BeN) organisierten 25 Nichtregierungsorganisationen (inkl. 67 assoziierter Gruppen) von der Bremischen Bürgerschaft und vom Senat Aktivitäten in folgenden Bereichen:

### **Globale Entwicklungspartnerschaft und Verantwortung des globalen Nordens**

Mit ihrer großen Nähe zu Bürger\_innen, Wirtschaft und anderen wichtigen Stakeholdern sind die Bundesländer und Kommunen elementarer Bestandteil globaler Entwicklungspartnerschaften. Damit die Länder des Nordens ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen und einen entsprechenden Bewusstseinswandel herbeiführen können, sind die Aktivitäten Bremens im Bereich der Nord-Süd-Solidarität – Austausch, Unterstützung, gemeinsames Lernen – beizubehalten bzw. auszubauen.

#### **Wir fordern daher:**

- *Eine Überprüfung aller Städtepartnerschaften auf entwicklungspolitische Relevanz und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Stakeholder in Austausch- und Lernprozesse, sofern noch nicht geschehen. Dies gilt insbesondere für die Partnerschaften zu den Städten Durban/Südafrika, Dalian/China und Izmir/Türkei.*
- *Den Erhalt bzw. perspektivischen Ausbau der personellen und finanziellen Ausstattung des EZ-Bereichs des Landes Bremen.*
- *Eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, zum Beispiel durch die Verstetigung bzw. den Ausbau des Promotor\_innen-Programms und eine Basisförderung aus Landesmitteln für das entwicklungspolitische Landesnetzwerk, um eine langfristige zivilgesellschaftliche Beteiligung zu sichern.*

### **Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen / Einbeziehung von Migrant\_innen**

Neben der konsequenten Bekämpfung von Fluchtursachen sind die Bedingungen für die hier lebenden Flüchtlinge zu verbessern. Das Land Bremen muss die Menschenrechte von Flüchtlingen / Asylbewerber\_innen respektieren und schützen, indem es ihnen eine uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe und ein gleichberechtigtes, selbst bestimmtes Leben ermöglicht.

Das Land Bremen sollte außerdem die migrantische Diaspora unterstützen, die sich verstärkt zu entwicklungspolitischen Themen äußert. So kann es gelingen, strukturelle Barrieren abzubauen.

#### **Wir fordern daher:**

- *Engagement des Landes Bremen auf Bundesebene für eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen, die Abschaffung der Residenzpflicht und eine dauerhafte Bleiberechtsregelung.*
- *Strukturelle Verbesserungen in der Wohnungspolitik zugunsten privater Wohnräume (anstelle von Flüchtlingsunterkünften) und bedarfsdeckende Flüchtlingsberatungsstellen.*
- *Eine Erleichterung der Teilnahme an schulischer Bildung und Integrationskursen; einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt und zur gesundheitlichen Versorgung, auch für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus.*

- *Die migrantische Diaspora an den entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes Bremen zu beteiligen - insbesondere an der Bildungsarbeit und der Planung entwicklungspolitischer Projekte, .*

## **Faires und zukunftsfähiges Wirtschaften**

Die bisherigen Anstrengungen Bremens im Fairen Handel und in der öffentlichen Auftragsvergabe, müssen vorangetrieben werden. Damit Bremen in Deutschland Vorreiter bleibt, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden.

### **Wir fordern daher:**

- *Den Beschluss eines ambitionierten Zeit- und Maßnahmenplans durch den Senat, damit perspektivisch alle Einkäufe der öffentlichen Hand nach ökologischen und sozialen Kriterien getätigt werden.*
- *Die Bereitstellung weiterer personeller Kapazitäten, um bei der Auftragsvergabe die gesetzten Ziele erreichen zu können.*
- *Die Erweiterung der Kernarbeitsnormenverordnung um die Produkte Holz und IT.*
- *Die Einbindung von Interessenvertretungen der Wirtschaft - wie z.B. der Handelskammer - in den Prozess der Etablierung einer fairen und nachhaltigen Wirtschaft.*

## **Verschränkung von Umwelt- und Entwicklungsbereich**

Nachhaltigkeit macht es aus unserer Sicht erforderlich, den Entwicklungs- und den Umweltbereich stärker zu verschränken. Die Bemühungen um einen an Umweltschutzkriterien ausgerichteten regionalen und fairen Handel müssen intensiviert werden.

### **Wir fordern daher:**

- *Die Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung des Themas bio-regional-fair im Rahmen des Biostadt-Projektes, z.B. durch Etablierung sogenannter Biostadt-Scouts.*
- *Die perspektivische Umstellung der Verpflegung aller Bremer Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schulen und Kantinen in öffentlicher Einflussosphäre auf biologische, regionale und faire Produkte. Hierfür ist ein Aktionsplan zu erstellen.*

## **Klimagerechtigkeit**

Das Land Bremen muss seiner Verantwortung für eine globale Klimagerechtigkeit nachkommen. Das bremische Klima-und Energieprogramm ist konsequent umzusetzen.

### **Wir fordern daher:**

- *Die bremischen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um mindestens 40% gegenüber 1990 zu reduzieren.*
- *Den Fleischkonsum in öffentlichen Kantinen und anderen öffentlichen Einrichtungen einzuschränken.*

## **Schutz der Ozeane**

Mit der weltweiten ökonomischen Erschließung der Ozeane sind Fragen der Ernährungssicherung, des Meeresschutzes, des Seerechts und der Rohstoffförderung für das Nord-Süd-Verhältnis und eine kohärente Entwicklungspolitik von wachsender Bedeutung. Bremen als wichtiger maritimer Standort der Schifffahrt, der Meereswissenschaft und -technologie und der Fischereiwirtschaft hat hier eine besondere Verantwortung.

**Wir fordern daher:**

- *Die Fischereiwirtschaft und den Fischkonsum in Bremen fair und nachhaltig zu gestalten. Hierzu gehört auch die Überprüfung der maritimen Wirtschaft auf entwicklungspolitische Implikationen.*
- *Das Engagement Bremens hinsichtlich entwicklungsbezogener meerespolitischer Fragen auf nationaler und internationaler Ebene zu Themen wie EU-Fischereipolitik oder dem sogenannten „Blauen Wachstum“.*
- *Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu maritimen Themen mit entwicklungspolitischem Bezug, z.B. regelmäßige Fachveranstaltungen in Bremen.*

**Maßnahmen zur Rüstungskonversion und Stopp von Rüstungsexporten**

Politische Bemühungen zum Stopp der Rüstungsexporte über bremische Häfen tragen zu zukunftsfähiger Entwicklung bei und müssen durch Maßnahmen der Rüstungskonversion in Bremen strukturell gestützt werden.

**Wir fordern daher:**

- *Den Stopp von Rüstungsexporten über bremische Häfen bei gleichzeitigen substantiellen Anstrengungen zur Rüstungskonversion, gerade auch auf Bundesebene.*

**Bildung für Nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen**

Bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung nimmt Bildung einen zentralen Stellenwert ein - in der Schule, in der Aus- und Weiterbildung und in der informellen Bildung.

**Wir fordern daher:**

- *Das Konzept der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Bremer Bildungsplänen, in der Lehrer\_innenaus- und fortbildung sowie in den Schulprogrammen zu verankern.*
- *Die aktive Einbindung der Kompetenzen von NROs in die schulische und außerschulische Bildungs- und Informationsarbeit durch die Bereitstellung ausreichender Mittel.*
- *Die Etablierung eines Kompetenznetzwerks „Abfall und Ressourcenschutz“ zum Thema Abfallbildung.*

**Kohärenz**

Für die Gestaltung einer nachhaltigen, globalen Entwicklung für die Welt der Zukunft ist die intensive Abstimmung verschiedener Politikfelder unerlässlich. Die in den Leitlinien formulierten Ziele müssen mit allen betroffenen Ressorts abgestimmt und umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Erfüllung der Leitlinien liegt nicht alleine bei der EZ-Abteilung des Landes Bremen, sondern betrifft den gesamten Senat, der sich für eine zukunftsfähige Entwicklung Bremens einsetzen muss.

**Wir fordern daher:**

- *Die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Forums, das den Senat bei der Umsetzung der Leitlinien berät und die Einrichtung eines ressortübergreifenden Arbeitskreises durch den Senat, so wie es bereits in den entwicklungspolitischen Leitlinien formuliert wurde.*